

Landtag im Fokus

Informationen aus Düsseldorf
für unseren Kreis Kleve



Margret Voßeler MdL

www.margret-vosseler.de
www.facebook.com/margret.vosseler



Dr. Günther Bergmann MdL

www.guentherbergmann.de
www.facebook.com/drguentherbergmann

- **Armin Laschet zu Besuch im Kreis Kleve**
- **Bergmann setzt sich für Infrastruktur im Kreis Kleve ein**
- **B 220n als Ortsumgehung Kleve-Kellen schnell realisieren**
- **Bau und Finanzierung der Ortsumgehung Kevelaer („L 486n“)**
- **Gespräch mit der Deutschen Polizeigewerkschaft**
- **Bergmann stellt sich vor ehrenamtliche Deichverbände**
- **Bergmann spricht in Plenum über Luftverkehr in NRW**
- **Hafen Emmerich Thema im Landtag**
- **Dienststellenleiter der WSP sollen in Workshop über Zukunft mitentscheiden**
- **Betuwe-Bahn-Haltepunkte im Kreis Kleve zu kurz**
- **Voßeler und Bergmann wieder als Landtagskandidaten aufgestellt**
- **Lisa Wolters aus Geldern für Margret Voßeler im Jugendlandtag**
- **Robert Böving aus Kleve für Bergmann im Jugendlandtag**
- **Der ländliche Raum im Visier**
- **Rote Laterne für NRW bei den Investitionen in Grundschulen**
- **Inklusion in der Offenen Ganztagschule besser unterstützen**

Armin Laschet im Kreis Kleve

Der Vorsitzende der CDU NRW, Armin Laschet, nutzte am Rande einer Veranstaltung im Kreis Kleve die Chance, um mit dem Vorsitzenden der Familienbetriebe Land und Forst NRW, Max von Elverfeldt, über das im Landtag diskutierte Landesnaturschutzgesetz zu sprechen.

Man war sich einig in der Kritik am Gesetzesvorhaben. So sei das Ziel des Entwurfs, den Naturschutz zu stärken, begrüßenswert, aber es würde durch neue bürokratische Hürden und Zuständigkeiten gefährdet. Diese führten zu einem erheblichen Mehraufwand bei den Unteren Landschaftsbehörden, beschneide die Kompetenzen der Kreistage, verzögere Genehmigungsverfahren und verursache Mehrkosten.

Auch soll das Widerspruchsrecht der demokratisch nicht legitimierten, künftig „Naturschutzbeiräte“ genannten Landschaftsbeiräte ausgeweitet werden. Ihr Widerspruch wäre bei ablehnendem Beschluss des Kreisplanungs- und Umweltausschusses durch die Bezirksregierung als höhere Naturschutzbehörde und nicht mehr durch den Kreistag zu überwinden.



Der Landtagsabgeordnete für die nördlichen und rechtsrheinischen Bereiche des Kreises Kleve, Dr. Günther Bergmann, hatte das Gespräch vermittelt und freute sich, dass Armin Laschet Zeit für den ländlichen Raum hatte und sich vor Ort dem wichtigen Thema widmete.

Bergmann setzt sich für Infrastruktur im Kreis Kleve ein

Der Landtagsabgeordnete für die nördlichen und rechtsrheinischen Bereiche des Kreises Kleve, Dr. Günther Bergmann, wandte sich mit Blick auf den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 mit einem Schreiben an den koordinierenden Verkehrsexperten der Landesgruppe der CDU NRW im Deutschen Bundestag,

den früheren NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke MdB. Bergmann betonte, dass ihm besonders die Anliegen des Unteren Niederrheins am Herzen lägen. Er wies daher auf die drei Infrastrukturprojekte B 220n, B 67n und BAB 57hin. Hierbei handele es sich um Straßenprojekte, die internationale Verkehre im Grenzbereich Deutschland-Niederlande oder autobahnverbindende Verkehre lenken, was hohe Netzrelevanz unterstreiche. Wittke teilte in seiner Antwort Bergmanns Auffassung über die Bedeutung dieser Infrastrukturprojekte und wies nochmals auf die Notwendigkeit hin, dass Rot-Grün nun endlich genehmigungsreife Planungen vorlegen müsse, damit Berlin die vorhandenen Mittel auch bereitstellen könne.



Parallel zum Schriftwechsel trafen sich die niederrheinischen Landtagsabgeordneten an der A57, um ihren Infrastruktur-Anliegen auch optisch Nachdruck zu verleihen.

Ortsumgehung Kleve-Kellen: B 220n schnell realisieren

Für die Infrastruktur der Stadt Kleve mit ihren rund 50.000 Einwohnern spielt die B 220n eine wichtige Rolle. Von der B 57 kommend stellt sie eine bis zur vorhandenen B 220 verlaufende Entlastungsstraße dar.

Durch sie wird beinahe eine Halbierung der Verkehrsmenge innerhalb der Ortslage Kellen erwartet. Sie soll als Ortsumgehung (OU) dienen, aber auch zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Reduzierung der Umweltbelastung beitragen. All dies hat im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030, wie schon im vorherigen BVWP, erneut zum Status „Vordringlicher Bedarf“ geführt. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis liegt hier bei über zehn, was aus allen gelisteten Maßnahmen positiv heraussticht. Fachleute und Gutachter sind sich einig, dass die Realisierung für die Erfordernisse des Fernverkehrs, aber auch für den regionalen Bedarf wichtig ist.

Die Durchführung von Planungen und des Planfeststellungsverfahrens im Rahmen der Auftragsverwaltung fällt in die Zuständigkeit des Landes NRW, denn Bundesstraßen können bekanntlich erst gebaut werden, wenn durch die beauftragte Landesverwaltung baureife Pläne abschließend erstellt wurden. Somit liegt es an der Landesregierung, für die zügige Baureife der OU Kellen zu sorgen. Auf Nachfrage von Dr. Günther Bergmann MdL nach dem aktuellen Stand der laufenden Planungen bezüglich der B 220n erklärte die Landesregierung, dass der straßenplanerische Vorentwurf genehmigt sei, die Planfeststellungsunterlagen erarbeitet seien und der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens bei der Bezirksregierung Düsseldorf gestellt werden solle. Bezüglich des Baubeginns der B 220n wollte die Landesregierung sich aufgrund verschiedener „Unwägbarkeiten“ zeitlich nicht festlegen...

Bau und Finanzierung der Ortsumgehung Kevelaer (L 486n)

Die Landtagsabgeordnete für die südlichen Bereiche des Kreises Kleve, Margret Voßeler, setzt sich weiter für die L 486n, die sog. OW1, in Kevelaer ein. Seit sechs Jahrzehnten warten die Menschen schon auf die Realisierung der südlichen Ortsumgehung des Wallfahrtsorts. Hinhaltetaktik und Vertröstungen der Landesregierung sind mittlerweile genauso unerträglich wie die innerörtlichen Verkehrsmassen.

Im letzten Jahr keimte kurz Hoffnung in der Bevölkerung auf, als die Kevelaerer Südumgehung in der neuen Priorisierungsliste für Landesstraßen in die vorrangige Planung gestellt wurde. Mit Bekanntwerden des rot-grünen Haushaltsentwurfes rückten die Aussichten auf Erfolg wieder in weite Ferne. Nur 32 Mio. Euro werden für alle Neubauten von Landesstraßen im Jahr 2016 bereitgestellt. Mit diesem niedrigen Investitionsvolumen erreicht Rot-Grün einen historischen Tiefstand. Durch die Ausfinanzierung von im Bau befindlichen Landesstraßen sind die Mittel voraussichtlich auf Jahre gebunden. In diesem Zusammenhang sind die Forderungen der Grünen im Landtag geradezu ein Schlag ins Gesicht der stau- und lärmgeplagten Menschen Kevelaers: Sie wollen die Mittel für den Neubau von Landesstraßen sogar noch zugunsten von Radwegen halbieren.

Des Weiteren wurde der Planfeststellungsbeschluss vertagt, weil an den im Planungsgebiet verlaufenden Issumer Fleuth und Niers Fraßspuren von Bibern festgestellt sowie eine Biberburg entdeckt wurden.

Gespräch mit der Deutschen Polizeigewerkschaft

Der Landtagsabgeordnete für die nördlichen und rechtsrheinischen Bereiche des Kreises Kleve, Dr. Günther Bergmann, hatte alle im Kreis Kleve aktiven Polizeigewerkschaften zum Gespräch über die aktuelle Lage der Polizei vor Ort eingeladen.

Die hiesige Führung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) nahm das Angebot an und berichtete speziell aus dem Blickwinkel der Beamtinnen und Beamten. Dies geschah auf Basis der von Bergmann im Landtag gestellten Kleinen Anfragen zum Thema Polizei.

Themen waren u.a. die Auswirkungen des Einsatzes von Polizeiverwaltungsassistenten, die demografischen Folgen und absehbare Engpässe bei Nachersatzungen, wenn Beamtinnen und Beamte in Ruhestand gehen. Ebenfalls wurde beleuchtet, inwieweit das Anfang des Jahres beschlossene 15-Punkte-Maßnahmenpaket der Landesregierung und die damit befürchtete Konzentration auf fest definierte „Schwerpunktbehörden“ in NRW Folgen für die personelle und sächliche Ausstattung der Kreis Klever Polizeibehörde habe.

„Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Kreis Kleve setzen sich trotz personeller Engpässe unermüdlich dafür ein, dass hier Sicherheit und Ordnung herrschen. Dafür sind wir sehr dankbar“, so Bergmann.

Bergmann stellt sich vor ehrenamtliche Deichverbände

Die in der Presse nachlesbare Kritik des Städte- und Gemeindebundes NRW an den Deichverbänden rief den Landtagsabgeordneten für die nördlichen

und rechtsrheinischen Bereiche des Kreises Kleve, Dr. Günther Bergmann, auf den Plan. Er kann diese Kritik nicht verstehen. Die häufigen Verzögerungen bei Genehmigungen für den technischen Hochwasserschutz entlang des Rheins seien nicht durch die Verbände, sondern die Landesregierung zu verantworten, so der Abgeordnete. Der Adressat der Kritik sei schlichtweg falsch gewählt. Die Bezirksregierung hätte längst Bescheide verschicken müssen, würde aber auch immer wieder durch neue Auflagen etwa vom grünen Umweltminister Remmel aufgehalten. Das Problem sei also, dass das Land viel zu langsam die teils seit vielen Jahren vorliegenden Pläne der Verbände bescheide.

Bergmann stellt sich vor die Deichverbände, die aus seiner Sicht einen hervorragenden Job machten und auch dank ihrer ehrenamtlichen Strukturen tief in der Gesellschaft vor Ort verankert seien, so Bergmann. Die Effizienz, den Sachverstand und die Ortskenntnis dieser Organisationsform anzuzweifeln, zeuge von wenig Sachkenntnis. Bergmann engagiert sich schon lange für technischen Hochwasserschutz entlang des Rheins kurz vor dessen Übertritt in die Niederlande. Kein Wunder, liegen doch rechts und links des größten deutschen Flusses über 73 km Banndeiche alleine im Kreis Kleve. Während der Deichverband Kleve-Landesgrenze seine 7,4 km Banndeich saniert hat, stehen beim linksrheinischen Deichverband Xanten-Kleve und beim rechtsrheinischen Deichverband Bislich-Landesgrenze jeweils noch rund 15 km auf Kreisgebiet zu Sanierung an. Dafür gibt es einen 2014 vereinbarten Fahrplan,

den es von Düsseldorf einzuhalten gelte. „Die Deichverbände haben ihre Hausaufgaben stets gemacht, das Land muss die Zusagen einhalten“, so Bergmann. Bei der Deichsanierung komme es immer wieder zu Verzögerungen, die auch im Bericht zur „Sanierung der Hochwasserschutzanlagen am Rhein“

(Vorlage 16/3839 bei www.landtag.nrw.de) dokumentiert wurden. Die Landesregierung führte in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage die Verzögerungen auf diverse Ursachen zurück. So gebe es Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen. Von Verzögerungen sind die Maßnahmen Rheinbrücke Emmerich bis Altrheinschöpfwerk Griethausen des Deichverbandes Xanten-Kleve und der 2. Planungsabschnitt Rees des Deichverbandes Bislich-Landesgrenze betroffen.

Bergmann spricht in Plenum über Luftverkehr in NRW

In der sogenannten Aktuellen Stunde des Plenums im Landtag von NRW, in denen sich die Abgeordneten mit aktuellen Ereignissen oder Problemen auseinandersetzen, sprach Dr. Günther Bergmann MdL nun zum Thema Luftverkehrsstandort NRW. In seiner Rede setzte er sich für die notwendige „Dialogoffensive Flugverkehr NRW“ ein. Vorbild könne die „Alders Tafel“ sein, die in den Niederlanden die Lage und die künftige Entwicklung von Schiphol und der Regionalflughäfen begutachtete und Vorschläge zur Weiterentwicklung machte.

Vor dem Hintergrund eines prognostizierten Wachstums im Luftverkehr (bis 2030 um 65 %) argumentierte er, dass die Antwort nicht allein darin bestehen könne, die Flugbewegungen auf die beiden großen Flughäfen

Düsseldorf und Köln/Bonn zu konzentrieren. Er verwies hierbei auf ungenutzt schlummern des Potenzial beispielsweise des Flughafens Weeze (aber auch Dortmund, Münster/Osnabrück und Paderborn). Damit könne zur Entlastung „der Großen“ beigetragen werden. Er begründete dies auch damit, dass die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn bereits unter Kapazitätsproblemen und deren Anwohner unter erhöhter Belästigung durch Fluglärm leiden. Ein Lösungsansatz könne die Auslagerung von Urlaubs- und Billigfliegern auf die vier NRW-Regionalflughäfen sein, um die frei werdenden Slots bei den großen Airports für den Business- und Interkontinental-Bereich zu nutzen. Auch könne sich Düsseldorf an Regionalflughäfen beteiligen oder Kooperationsvereinbarungen schließen. Es liege nun an der Landesregierung, aktiv zu werden.

Hafen Emmerich im Landtag

Dr. Günther Bergmann MdL traf sich mit dem Geschäftsführer der Port *Emmerich* Infrastruktur- und Immobilien GmbH, Udo Jessner, im Landtag zu einem gemeinsamen Gespräch mit dem Vorstand der Hafenevereinigung NRW. Dabei ging es auch um die Erweiterungsmöglichkeiten des Emmericher Hafens, der ja aufgrund des gemeinsamen Drucks im neuen Entwurf des LEP endlich landesbedeutsam gestellt wurde. Im Plenum hatte Bergmann vorher unter TOP 1 (Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept NRW) schon deutlich unter anderem für Emmerich Stellung bezogen. Er monierte, dass die dringend notwendige Erweiterung des Hafengebiets bei der

Landzunge hinter der Deutschen Gießdraht auf Landesebene an planungsrechtliche Grenzen stieße. Hier gelte es, gemeinsam daran zu arbeiten, dem rasanten Wachstum des Hafens Rechnung zu tragen, um dessen Erfolgsgeschichte fortzuschreiben zu können.

Er bemängelte auch die ungleiche Behandlung von Flächen dies- und jenseits der deutsch-niederländischen Grenze. So seien in 's-Heerenberg bis an die Grenze Logistikbauten möglich, während es zehn Meter weiter auf deutscher Seite scheinbar unüberwindliche Beschränkungen für derartige Aktivitäten gebe. Das seien unnötige Entwicklungshemmnisse für die vielen in Emmerich ansässigen Logistikdienstleister, aber auch den Hafen Emmerich. Bergmann erneuerte in seiner Rede daher seine Kritik, dass der LEP die Entwicklungen hinter der eigentlich nicht mehr vorhandenen Grenze nicht spiegele. „Gerade wir als Grenzkreis Kleve mit unserem exponierten Logistikstandort Emmerich aber auch dem international bedeutsamen Flughafen Weeze, haben ein großes Interesse, dass endlich auch in NRW grenzüberschreitend gedacht und gehandelt wird“, so Bergmann.

Dienststellenleiter der WSP sollen in Workshop über Zukunft mitentscheiden

Die künftige Organisation der Wasserschutzpolizei (WSP) in NRW war bereits mehrfach Thema im Landtag. Eine Arbeitsgruppe der WSP und das Polizeipräsidium (PP) Duisburg legten dem Innenministerium vergangenen Herbst Positionspapiere als Diskussionsbasis für die künftige WSP-Organisation

in NRW vor. Laut Medienberichten wäre nach diesen Plänen neben einigen anderen auch die WSP-Wache Emmerich am Rhein von Schließung bedroht. Zuletzt befasste sich der Innenausschuss im Landtag am 10. März 2016 auf Initiative der CDU-Fraktion mit dem Thema. Für diese Sitzung beantragte die CDU einen neuen Sachstandsbericht über die Situation der WSP. Darin kündigte die Landesregierung einen Workshop zur Weiterentwicklung der Organisationsstruktur an.

Die CDU regte in der Innenausschusssitzung an, alle Dienststellenleiter der WSP-Wachen als Mitglieder in die Arbeit des Workshops einzubinden. Dieser soll offene Fragen klären. Auf den CDU-Vorschlag, den Dienststellenleitern der WSP-Wachen ein Mitspracherecht mit Blick auf die künftige Organisationsstruktur der WSP zu geben, reagierte der zuständige Mitarbeiter des Ministeriums für Inneres und Kommunales nur ausweichend. Daher erkundigte sich der für die nördlichen und rechtsrheinischen Bereiche des Kreises Kleve zuständige Landtagsabgeordnete bei der Landesregierung nach neuen Plänen des Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Restrukturierung der WSP in NRW. Außerdem fragte er nach, ob der angekündigte Workshop inzwischen seine Tätigkeit aufgenommen habe. Beides verneinte das Ministerium. Entsprechend konnte das Ministerium auch auf die Frage nach der Zusammensetzung der Mitglieder des Workshops nicht antworten. Unklar bleibt, ob die Dienststellenleiter der WSP-Wachen in den Workshop eingebunden werden.

Betuwe-Bahn-Haltestellen im Kreis Kleve zu kurz

Die 73 km-Bahnstrecke Oberhausen und Emmerich steht vor großen Veränderungen. Die Planungen für die „Betuwe-Linie“ nehmen Gestalt an. Eingeteilt in fünf Planungsabschnitte (PFA 3.1 bis PFA 3.5) sind davon auch Rees und Emmerich betroffen, auf deren Gebieten 30,7 km der Linie verlaufen.

Im Rahmen der Diskussionen (aktuell im Rahmen des Deckblattverfahrens für den PFA 3.1 Rees-Haldern) wurde festgestellt, dass die Bahnsteiglängen in den Planfeststellungsunterlagen nicht zu den künftig dort verkehrenden Zügen passen; den geplanten Bahnsteiglängen fehlen 40 m. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Dr. Günther Bergmann MdL gab die Landesregierung nun zu, diese Probleme zu kennen. Außerdem bestätigte sie, dass es bei den PFA 3.2 bis 3.5 auf den Stadtgebieten von Rees und Emmerich am Rhein ähnliche Probleme mit Bahnsteiglängen gebe. Um dem Planungsdefizit zu begegnen, führte die Landesregierung aus, dass das Verkehrsministerium NRW Gespräche mit dem VRR, Eisenbahnbundesamt und BMVI sowie der Deutschen Bahn AG geführt habe und Planfeststellungsunterlagen entsprechend zu ändern seien.

Voßeler und Bergmann wieder Landtagskandidaten

Die Kreis Klever Landtagsabgeordneten Magret Voßeler und Dr. Günther Bergmann wurden am 22. bzw. 23. Juni 2016 von den Mitgliedern der CDU Kreis Kleve als Kandidaten für die Landtagswahl am 14. Mai 2017

aufgestellt. Zu den Veranstaltungen in Geldern und Kleve kamen über 200 Mitglieder.



Lisa Wolters aus Geldern für Voßeler im Jugendlandtag

Lisa Wolters aus Geldern vertrat Ende Juni im Rahmen des 8. Jugendlandtags NRW die für die südlichen Bereiche des Kreises Kleve zuständige Landtagsabgeordnete Margret Voßeler MdL im Parlament in Düsseldorf. Drei Tage lang berieten die jugendlichen Abgeordneten im Rahmen des Jugendlandtags über Themen, die die junge Generation bewegen.



Robert Böving aus Kleve für Bergmann im Jugendlandtag

Der CDU-Landtagsabgeordnete für die nördlichen und rechtsrheinischen Bereiche des Kreises Kleve, Dr. Günther Bergmann, freute sich über die Teilnahme des 19-jährigen Robert Böving aus Kleve beim Jugendlandtag NRW 2016. Böving

hatte schon früh sein Interesse bekundet, einmal in Düsseldorf auf dem Abgeordneten-Stuhl Platz nehmen zu dürfen, um dort in der CDU-Fraktion Politik für den Kreis Kleve zu machen. Diesem Wunsch war Bergmann gerne gefolgt und traf sich mit dem Jugendparlamentarier im Landtag zum langen Gespräch.



Der ländliche Raum im Visier

Die Landtagsabgeordnete für die südlichen Bereiche des Kreises Kleve, Margret Voßeler, versteht sich ganz bewusst auch als Vertreterin des ländlichen Raums im Landtag und hat in dieser Rolle viel zu tun.

Warum der ländliche Raum offenbar zum Feind von Landesumweltminister Rimmel wurde, ist nicht nachvollziehbar. Fakt ist, dass der Minister den ländlichen Raum mit einer ideologischen Regulierungswut überzieht. Doch die Betroffenen setzen sich zur Wehr. Die Volksinitiative des Landesjagdverbandes hat fast doppelt so viele Unterschriften gegen das Landesjagdgesetz gesammelt wie nötig und wird die Liste in Kürze der Landtagspräsidentin übergeben. Damit ist klar, dass sich der Landtag erneut mit dem Gesetz befassen wird. Die CDU-Fraktion steht an der Seite des Landesjagdverbandes. Ebenso unterstützt die Union das „Aktionsbündnis Ländlicher

Raum“, ein Zusammenschluss von 17 unabhängigen Organisationen aus Landwirtschaft, Grundbesitzern, Forst und Gartenbau, der die Interessen von mehr als 600.000 Mitgliedern vertritt. Mit ihnen zusammen wird die CDU alles tun, um das geplante Landesnaturschutzgesetz in der aktuellen Form zu verhindern. Nicht, weil die CDU gegen Naturschutz ist. Der Naturschutz in NRW funktioniert – auch dank der Landwirte. Die Landesregierung plant, ein Netz räumlich oder funktional verbundener Biotope auszuweisen. Die Flächen sollen mindestens 15% der Landesfläche umfassen. Derzeit sind wir schon bei über 14% – mehr, als im Bundesnaturschutzgesetz gefordert (10%). Die Landwirtschaft in NRW muss durch die Planungen des grünen Ministers mit weiteren wirtschaftlichen Einschränkungen rechnen. Das ist inakzeptabel, denn Einkommen der deutschen Landwirtschaft sind allein 2014/15 gegenüber dem Vorjahr um im Schnitt 35% gesunken.

Auch im Landeswassergesetz werden durch landesspezifische Regelungen über die von EU und Bund festgesetzten Regelungen hinaus weitere Erschwernisse erzeugt. Für die Zukunft gilt, verantwortungsbewusst mit der Ressource Wasser umzugehen und das Prinzip der Nachhaltigkeit als Maxime bei der Ausgestaltung von Gesetzen zur Grundlage zu machen. Dennoch sollten Hemmnisse für die (Land-) Wirtschaft vermieden werden. Mit schärferen Gewässerschutzvorschriften wird für einzelne Branchen die industrielle Aktivität beschränkt und erschwert. Ebenso sieht das Landeswassergesetz eine Reihe von Ermächtigungen

für Maßnahmen und Eingriffe durch Behörden vor, die nur weitere Unsicherheiten schaffen. Deshalb reichte die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag ein, um bei der Stärkung des vorbeugenden Gewässer- und Grundwasserschutzes einen kooperativen Weg einzuleiten. Dies wurde leider mehrheitlich von Rot-Grün abgelehnt.

Rote Laterne für NRW bei den Investitionen in Grundschulen

Die rot-grüne Landesregierung mag die Zahl 16! Leider steht diese Zahl für das Schlusslicht in bundesweiten Vergleichen. Schlimm ist, dass es auch wieder die Jüngsten trifft.

Ein Gutachten des Grundschulverbandes e.V. zu den Bildungsinvestitionen in Grundschulen belegt, dass in NRW nur 4.800 Euro jährlich pro Schüler investiert werden. Spitzenreiter ist die Hansestadt Hamburg mit 8.700 Euro. Gleichzeitig hat NRW mit durchschnittlich 23,1 Schülern die größten Klassen. Rot-Grün ist mit dem Anspruch ‚Kein Kind zurücklassen‘ gestartet – die konkrete Umsetzung dieses Anspruchs lässt seitdem auf sich warten. Die aktuellen Zahlen zeigen dringenden Handlungsbedarf. Die CDU hat ihre Hausaufgaben gemacht und einen „Masterplan Grundschule“ eingebracht. NRW muss endlich aus der Bildungsmisere herauskommen!

Inklusion in der Offenen Ganztagschule besser unterstützen

Die Landtagsabgeordnete für die südlichen Bereiche des Kreises Kleve, Margret Voßeler, fordert vom Land mehr Unterstützung beim Thema Inklusion in Offenen Ganztagschulen.

Die Einführung der schulischen Inklusion bringt einen großen Wandel in der Schullandschaft mit sich. Eltern und Kinder, Lehrer und Integrationshelfer sehen sich vielen Herausforderungen gegenüber, bei denen sie viel mehr Unterstützung bräuchten als sie von der Landesregierung erfahren. Das betrifft besonders die Offenen Ganztagschulen. Kinder mit Förderbedarf erhalten dort oftmals keine Unterstützung über 13 Uhr hinaus, da die Dienstzeit des bewilligten Integrationshelfers an manchen Tagen bereits mittags endet. Die Probleme des Kindes enden aber nicht um 13 Uhr. Vom Angebot des Offenen Ganztags profitiert das Kind ohne Integrationshelfer gar nicht.

Das stellt die Kinder und die berufstätigen Eltern vor große Hürden. Eltern wünschen sich ein verlässliches und flexibles Betreuungsangebot für Kinder, während sie arbeiten. Kleine Anfragen zu diesem Thema sind bislang nur unzureichend seitens der Landesregierung beantwortet worden. Die CDU bleibt hartnäckig, um den Kindern die bestmögliche (außer-)schulische Betreuung zukommen zu lassen.

Zu guter Letzt:

Die sitzungsfreie Zeit im Landtag von NRW nutzen die Abgeordneten, um Einiges abzuarbeiten, was im normalen Parlamentsalltag schon einmal liegen bleibt.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Lieben weiterhin schöne, erholsame Sommerferien und melden uns danach gerne wieder „mit aufgeladenen Akkus“ zurück.

